

Wester-Beitrag

Preis 10 M.

Verf. im ...
Durch die Post ...
Kaufpreis ...
Preis: Die ...
8 Uhr: In den ...

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der RPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberg Str. 60, Tel. 200 20.
Postfach: Breslau 544, Redaktion: Breslau, Kreuzberg
Str. 60, Tel. 239 02. Sprechst. der Redaktion von 12-18
Montags bis Freitag von 17-19 Uhr. Gillastr. 11, 12, 13
Tel. 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30
Tel. 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30
Tel. 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30

Gikung in Genf aufgeflagen!

Litwinow entlarvt die Abrüstungsheuchler und durchkreuzt ihre Taktik

11. Genf, 17. April. Die allgemeine Aussprache der Vorbereitungskommission über die sowjetrussischen Vorschläge nahm einen völlig unerwarteten Verlauf und führte zum Schluss zu stillschweigenden Übereinkünften. Der Präsident stellte zunächst fest, daß keinerlei Wortmeldungen zu den sowjetrussischen Vorschlägen vorliegen. Seine fortgesetzte Aufforderung, zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen, begegnete allgemeinem Schweigen. Er sah sich daher gezwungen, die Verhandlung zu unterbrechen. In der Zwischenzeit setzten die üblichen Vermittlungsversuche der höheren Sekretariatsbeamten ein, um einen Ausweg aus der peinlichen Lage zu finden. Schließlich ergriff Litwinow noch einmal das Wort. Er erklärte, die Sowjetabordnung habe sich bemüht, durch ihre Vorschläge einen Ausweg aus der völlig verfahrenen Lage zu zeigen, in der die Abrüstungskommission seit zwei Jahren sei. Auf die erneute Aufforderung des Präsidenten zu Wortmeldungen folgte erneutes allgemeines Schweigen. Allgemein wurde bemerkt, daß Lord Cusheadun ebenso wie die Vertreter Belgiens, Italiens und der Vereinigten Staaten es ablehnte, sich über die sowjetrussischen Vorschläge zu äußern. Der Präsident stellte daraufhin fest, daß die Mehrheit an der bisherigen Arbeitsmethode festhalten wolle und die sowjetrussischen Vorschläge ablehne und beantrage, zum nächsten Punkt der Tagesordnung überzugehen. Litwinow erklärte, er wisse noch immer nicht, wie die einzelnen Abordnungen, außer Japan und Frankreich, zu seinen Vorschlägen ständen. Er schloß daher vor, bindend zu beschließen, daß in Zukunft jede einzelne Abordnung gezwungen sein soll, öffentliche Stellung zu nehmen. Die Öffentlichkeit müsse darüber unterrichtet werden. Er forderte sofort von jeder einzelnen Abordnung eine begründete Erklärung. Der Präsident lehnte dieses Ersuchen schroff ab mit der Begründung, es liege nicht in seiner Macht, die einzelnen Abordnungen zu Erklärungen zu zwingen. London stellte stattdessen eine Entschließung zur Abstimmung, ob die Abrüstungskommission die sowjetrussischen Vorschläge als Grundlage der weiteren Arbeiten der Kommission anstatt des bisherigen Konventionenentwurfes annehme oder nicht.

Dieser Versuch des Präsidenten, die sowjetrussischen Vorschläge stillschweigend zur Ablehnung zu bringen, scheiterte jedoch an der außerordentlich geschickten Taktik der Sowjetdelegation.

Litwinow legte darauf einen neuen Antrag vor, in dem die Kommission grundsätzlich zu dem Inhalt der sowjetrussischen Vorschläge Stellung nehmen soll. Durch diese Formulierung war die Kommission in die Zwangslage veretzt, entweder den allgemeinen Grundsatz der Abrüstung zu verneinen, oder die sowjetrussischen Vorschläge anzunehmen. In dieser allgemeinen Verwirrung sah der Präsident keinen anderen Ausweg, als die Sitzung aufzuheben und auf Donnerstag zu verlagern.

Durch die von der gesamten Morgenpresse hervorgehobene geschickte und zielbewußte Taktik Litwinows, der die Verschleppungsmanöver des Präsidenten durchkreuzt hat, ist die Abrüstungskommission bereits am zweiten Tage enttäuscht worden. Ganz enttäuscht schreibt die „Wosjische Zeitung“:

„Die Konferenz ist noch mehr wie im vorigen Jahre weit davon entfernt gewesen, an die Hauptverhandlungen auch nur energisch heranzugehen. Wenn sie den Mut dazu nicht bald aufbringt, wird ihre Arbeit zu einem vollständigen Mißerfolg verdammt sein. Selbst wenn sie die Notwendigkeit der relativen Sicherheit anerkenne, so sei das alles kein Hindernis, für eine teilweise gleichmäßige Abrüstung einzustehen. Der Karren müsse endlich aus dem Dreck gezogen werden, und dazu müssen neue Dajsen vorgepannt werden.“

Auch die „neuen Dajsen“ werden den in dem Sumpf des Imperialismus stehenden Karren nicht aus dem Dreck ziehen können.

Das Klassenbewußte Proletariat erwartet nichts vom Völkerbund, nichts von der Abrüstungskonferenz. Er weiß, daß der weitere Verlauf dieser Konferenz und das Auftreten der Sowjetdelegation dazu führen wird, den pazifistischen Illusionen zu zerreißen und die Erkenntnis zu stärken:

Imperialismus bedeutet Krieg. Nur die proletarische Revolution sichert den Frieden!

Zum 12. Parteitag der RPD.

Der Parteitag der bürgerlichen Demokratie und des parlamentarischen Systems.

Von Fritz Sedert.

Die bürgerliche Demokratie wurde geboren im Kampfe des Bürgertums mit der absoluten Monarchie um das Recht der unbeschränkten Ausbeutung der überwiegenden Mehrheit des wertvollen Volkes. Das Bürgertum verstand sehr wohl, daß der Staat, zu dessen Erhaltung die Massen geschöpft wurden, ein Instrument der Gewalt zur Durchsetzung der Klassenherrschaft, der feudalen Gesellschaft gegenüber den ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung darstellte. Je mehr die ökonomische Bedeutung der bürgerlichen Klasse wuchs, die die Trägerin einer neuen — der kapitalistischen — Produktionsweise war, um so energischer ihre Forderung nach dem Recht, über die Steuern und ihre Verwendung selbst zu entscheiden. Der Kampf um das Staatsrecht wurde der sichtbarste äußerliche Ausdruck des Klassenkampfes der aufsteigenden Klasse gegen die Träger der alten Herrschaft. So wurde das Parlament eine Tribüne, auf der man diese Kämpfe einleitete. Man beschränkte sich keinesfalls auf Redenhalten und Beschlußfassen, um die sich die herrschenden Gewalten in Staaten kümmerten oder auch nicht. In den beiden klassischen bürgerlichen Revolutionen, der englischen von 1648 und der französischen von 1789 geschahen ganz andere Dinge. Unter Oliver Cromwell schuf das englische Bürgertum sich eine bewaffnete Macht und schlug mit dem Schwert das Königtum der Stuart in der Schlacht von Marston, dem König selbst aber in Whitehall mit dem Beil das Haupt vom Rumpfe. Und in Frankreich konstituierte sich der „dritte Stand“ zur Nationalversammlung. Es jagte die Abgeordneten des Adels und der Klerikel aus dem Parlamentsgebäude. Er bildete die Nationalgarde und ließ Ludwig XVI. guillotiniert werden. Von oben bis unten und von unten bis oben wurde der alte Staat mit diktatorischen Mitteln zerstört.

Indem aber die bürgerliche Gesellschaft unter der Losung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ in ziemlich geräuschvoller Weise ihre Herrschaft aufbaute, führte sie durch ihr Wirtschaftssystem, den Kapitalismus, die Gesellschaft sofort in einen neuen, noch schärferen Klassenkampf. Sie rief den Proletarier auf die Bühne, als einen Kämpfer für seine Befreiung aus neuer Ausbeutung und Unterdrückung, für die Aufrichtung eines anderen Gesellschaftssystems, des Sozialismus. Je rascher sich die Elemente der kapitalistischen Entwicklung entfalteten, um so mehr wuchsen die Klassengegensätze, und um so erbitterter wurde der Klassenkampf. Daraus erklärt sich auch, warum die bürgerliche Revolution in den anderen Ländern nicht mehr in der klassischen Form durchgeführt wurde wie in England und Frankreich, sondern sich fortgesetzt zu Kompromissen mit den alten Gewalten verstand. Diese Kompromisse waren notwendig, um die andrängende proletarische Masse leichter niederhalten zu können. Das Bürgertum verriet seine eigene Revolution. Aber dieser Verrat ist politisch und ökonomisch begründet in dem Augenblick, wo das Proletariat zum politischen Bewußtsein erwacht, wo es seine Klassenmission erkennt, wo es immer zahlreicher wird und ökonomisch jene Gesellschaftsform darstellt, ohne die die bürgerliche Gesellschaft nicht leben kann. Karl Marx sagt schon im Kommunistischen Manifest, das vor dem Ausbruch der Pariser Februarrevolution vom Jahre 1848 erschien, daß das Proletariat der Totengräber der bürgerlichen Gesellschaft sei. Dessen wurde sich die französische Bourgeoisie in der Februarrevolution sofort klar, als das Proletariat zum ersten Male als handelnde Klasse für seine Klassenforderungen austrat. In der Juni-Schlacht wurden 17.000 Proletarier niedergemetzelt; auf diese Weise verjagte das französische Bürgertum sich die proletarische Gefahr vom Leibe zu schaffen. Doch die soziale Frage blieb auf der Tagesordnung. Deshalb unternahm die französische Bourgeoisie einen Rückzug von der Demokratie zu „rückständigeren“ Formen der Klassenherrschaft. Das allgemeine Wahlrecht wurde abgeschafft, und den Gewaltorganen des bürgerlichen Staates — Heer, Polizei, Justiz — außerordentliche Vollmachten zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erteilt. Damit wurde aber auch der Grundstein zur Militärdiktatur gelegt. Napoleon Bonaparte mit seiner „Gesellschaft vom 10. Dezember“, einer Bande von Dieben und Strauchrittern aus dem Bürgertum, wählte das begonnene Werk. In den „Klassenkämpfen in Frankreich“ schreibt Karl Marx über diese Methode des Bürgertums, die Macht gegen die unterdrückten Schichten der Bevölkerung aufrechtzuerhalten:

„Die koalitierten Bourgeoisefraktionen aber sind schon verurteilt, indem sie von der einzig möglichen Form ihrer vereinten Macht, von der gewaltigsten und vollständigsten Form ihrer Klassenherrschaft, der konstitutionellen Republik, zurückzuführen zu den untergeordneten, unvollständigen, schwächeren Formen der Monarchie. Sie gleichen jenem Greise, der, um seine Jugendkraft wieder zu gewinnen, seinen Kinderstamm herauswäscht und seinen weichen Gliedern anzunehmen vermag. Ihre Republik hatte nur ein Verhängnis, das Treibhaus der Revolution zu sein. Der 10. März 1850 trägt die Inschrift: Nach uns die Sintflut!“ Für zwei Jahrzehnte wurde der Bonapartismus Lumpen, ein hergelaufener Glücksritter und ein mit ihm vereintes Diebes- und

Ghachts Angebot:

1650 Mill. Jahresleistung auf 37 Jahre

In der gestrigen Vollziehung der Pariser Reparationskonferenz hat Deutschland ein Memorandum überreicht, nach dem die deutsche Delegation für die Dauer von 37 Jahren eine jährlich feststehende Zahlung von 1650 Millionen Goldmark vorgeschlagen habe. Die Alliierten verlangen bekanntlich deutsche Zahlungen auf die Dauer von achtundfünfzig Jahren. Der Gesamtforderung der Alliierten auf 40 Milliarden stellt das deutsche Angebot 27,5 Milliarden entgegen.

Die deutsche Bourgeoisie spekuliert bei ihrem Angebot auf die Gegensätze zwischen Amerika und den europäischen Staaten. Diese Spekulation ist verfehlt. Denn nur in der Frage der Verteilung der herausgepreßten Summe, nicht aber über die Höhe der Zahlungen bestehen Differenzen zwischen den Gläubigerstaaten.

Die amerikanische Presse bestätigte bereits gestern durch ihre Stellungnahme die Tatsache, daß jede Spekulation auf Amerika seitens Deutschlands illusorisch ist. Der „New York Herald“ spricht von „mäßigen Forderungen“ der Gläubiger.

Die „New York Herald Tribune“ führte noch eindeutiger in einem „Ein maßvoller Vorschlag“ betitelten Leitartikel aus, die Pariser Verhandlungen erreichten nun ihr Endstadium. Die Deutschen fühlten sich durch den Vorschlag der Gläubiger verlezt. Es sei jedoch zu berücksichtigen, daß die Franzosen (!) allein sieben Milliarden für den Wiederaufbau der Nordprovinzen ausgegeben hätten. Jedenfalls seien die von den früheren Alliierten genannten Summen sehr

mäßig (!) und belasteten Deutschland nur innerhalb seiner Zahlungsfähigkeit (!).

Die amerikanische Regierung gibt halbamtlich bekannt, daß sie jede Ermäßigung der amerikanischen Reparationsansprüche und der Schuldenforderungen kategorisch ablehne.

Kommunisten, Rote Frontkämpfer!

Der diesjährige 1. Mai hat eine besondere politische Bedeutung. Verstärkte Massenauspöndelung, verstärkte Unterdrückung der revolutionären Bewegung, Verschärfung der Klassengegensätze und die ständig wachsende Kriegsgefahr sind die Kennzeichen der Situation.

Organisiert machtvolle Maidemonstrationen!
Alle Kräfte angespannt zur Mobilisierung der breitesten Arbeitermassen!

Die beste Unterstützung des Berliner Proletariats in seinem schweren Kampf am 1. Mai ist die Entfaltung der höchsten Aktivität in allen Ortsgruppen.

Ihr sollt die Organisatoren dieser Bewegung sein!
Ihr eure revolutionäre Pflicht!

Deutscher Arbeiter- und Soldatenrat
Sanktionierung Schlesien des RPD.

Der 6. Bezirksparteitag DG zeigt euch den Weg

Von O. Walter.

Der 6. Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Oberschlesien, hatte in der Periode der scharferen Klassenhebung eine erhöhte Bedeutung. Die Strategie und Taktik der Kommunistischen Partei muß in der dritten Periode eine andere sein als in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus. Wir wollen nicht behaupten, daß wir schon in einer akut revolutionären Situation stehen. Aber wir sehen bereits, daß wir uns am Anfang eines neuen revolutionären Aufschwunges befinden, daß eine Revolutionierung der Arbeitermassen vorantreibt, daß die Kommunistische Partei auf Kosten der Reformisten den Einfluß unter den arbeitenden Massen vertieft, daß uns die werktätige Bevölkerung im wachsenden Maße Vertrauen entgegenbringt. Das beweisen die im vergangenen Jahre abgehaltenen Wahlen in Polen, Frankreich, Deutschland, Schweden. Überall war es der Kommunistischen Partei möglich gewesen, ihre Stimmzahl ganz erheblich zu erhöhen. Was noch wichtiger ist, die kommunistischen Parteien hatten die größten Erfolge in den ausgeprägten Industriezentren zu verzeichnen. Die im vergangenen Jahre stattgefundenen Streiks bewiesen uns nicht zuletzt, daß die Arbeiterschaft sich nicht mehr auf dem Rückzug befindet, sondern wieder zur Offensive übergeht. Die glänzenden Erfolge, die die Kommunistische Partei Deutschlands bei den Betriebsrätemwahlen der Berliner Betriebs-A.G., bei Blohm u. Wob in Hamburg, in den Leinawerken in Halle, bei der U.S. in Berlin, auf den Anlagen im Ruhrbergbau, im ober-schlesischen Bergbau usw. hatte, befestigen uns diese Tatsachen und zeigen uns, daß die Kommunistische Partei die Partei der Großbetriebe ist.

Der 6. ober-schlesische Bezirksparteitag hat diese Tatsachen richtig eingeschätzt. Die in den Entschliessungen und Resolutionen festgelegte Strategie ist also eine Strategie der Offensive, eine Strategie des Angriffs. Natürlich darf es nicht nur bei der theoretischen Zustimmung bleiben, sondern wir müssen diese Beschlüsse eben in der Praxis anwenden. Gerade dabei hatte unsere Organisation in Oberschlesien Schwierigkeiten. Die Genossen verstanden es nicht immer, sich rechtzeitig umzustellen. Einige Funktionäre schätzten die Rolle der Gewerkschaften nicht scharf genug ein und wichen vor den Drohungen der Gewerkschaftsbürokratie zurück, was bei der Aufstellung der Betriebsräte auf einigen Anlagen zu Schwierigkeiten führte. Zweifellos hat der Bezirksparteitag dazu beigetragen, diese letzten Schwankungen zu beseitigen. Die Genossen erkannten durchweg die Notwendigkeit unserer scharfen Taktik und sprachen sich in dem Sinne aus, diese auch in der Praxis durchzuführen.

Gleichzeitig zeigte uns der Bezirksparteitag — der von 87 Delegierten und 14 Gästen mit beratender Stimme besucht war — daß die Kommunistische Partei in Oberschlesien sich in einer aufsteigenden Entwicklung befindet. Gelang es uns doch gegenüber dem Jahre 1927, unseren Mitgliederstand um 27,5 Prozent zu erhöhen,

gegenüber dem Jahre 1928 beträgt die Zunahme 76,8 Prozent. Im vergangenen Jahre sind 668 Arbeiter zur Kommunistischen Partei gekommen. In den ersten zehn Wochen dieses Jahres haben wir 208 Neuaufnahmen zu verzeichnen. 20 neue Ortsgruppen konnten wir in den letzten Monaten gründen.

Gewiß, es gelang uns nicht, alle zur Partei gekommenen Genossen in der Partei zu halten. Aber der Bezirksparteitag — das hat der Kampfeswille und die Entschlossenheit der Delegierten bewiesen — wird dazu beitragen, die Fluktuation auf ein Minimum zu beschränken. Schon heute können wir die erfreuliche Feststellung machen, daß in den letzten Wochen fast keine Austritte zu verzeichnen waren, abgesehen von Umstellungen, die dadurch entstanden sind, daß die Genossen Land- und Saisonarbeiter zum Teil gezwungen sind, nach dem übrigen Reich zu gehen.

Natürlich dürfen wir auch vor den Schwächen unserer Organisation nicht die Augen verschließen. Die Kommunistische Partei muß immer eine offene und scharfe Selbstkritik üben, da das der einzige Weg ist, den wir beschreiten müssen, um die Wiederholung von Fehlern zu vermeiden und unsere Schwächen abzustellen. Vor allem werden wir unsere Betriebszellenarbeit wesentlich verstärken müssen. Die Betriebsrätemwahl in Oberschlesien zeigte uns, und das werden uns die im nächsten Monat stattfindenden Wahlen bei der Eisenbahn ebenfalls zeigen, daß die Arbeiterschaft sich in weit größerem Maße um die Kommunistische Partei schart. Es darf in Oberschlesien keinen größeren Betrieb mehr geben, in dem wir nicht eine Zelle der Partei besitzen.

Der 4. KZJ-Kongreß verpflichtete die kommunistischen Parteien, die Leitung von Wirtschaftskämpfen selbst in die Hand zu nehmen. Im Frühjahr dieses Jahres waren wir noch nicht stark genug, Wirtschaftskämpfe zu führen. Wir konnten es auch nicht sein. Zwar hatte der 4. KZJ-Kongreß die zweifellos richtigen Beschlüsse gefaßt, aber die Walter, Enderle und Co. „vergessen“, den Kampf für die Durchführung dieser Beschlüsse aufzunehmen. Erst seitdem wir diese rechten Liquidatoren aus der Partei hinausgeworfen haben, versucht die Partei, die Beschlüsse des 4. KZJ-Kongresses und des 6. Weltkongresses in die Tat umzusetzen und bereitet die Organisation von Wirtschaftskämpfen vor. Zweifellos wird es unserer Partei in Oberschlesien möglich sein, Wirtschaftskämpfe zu organisieren. Unsere Tätigkeit muß darauf gerichtet sein, den Arbeitern auch das letzte bißchen Vertrauen zum Schlichter zu nehmen. Wir müssen den Arbeitern in noch stärkerem Maße als bisher die dreifache und erbärmliche Rolle der Gewerkschaftsbürokratie vor Augen führen. Immer mehr schwindet das Vertrauen zum Reformismus. Die Arbeiterschaft schätzt die Reformisten so ein, wie sie sind, nämlich als die Varnen des Kapitalismus, die es der Trustbourgeoisie wesentlich erleichtern und überhaupt ermöglichen, die Ausbeutung der Arbeiterschaft durchzuführen.

Der 1. Mai wird uns wiederum beweisen, daß die Arbeiterschaft sich von den Handlangern des Unternehmertums löst und mit der kommunistischen Partei den Kampf gegen die Ausbeutung und Ausplünderung der werktätigen Massen aufnimmt.

Am 1. Juni läuft der Tarifvertrag der Bergarbeiter ab. Die Zeit, die uns noch bis dahin trennt, müssen wir für eine Mobilisierung der Bergarbeiter gegen das Schlichtungswesen und den Reformismus ausnützen. Sollte es den Reformisten dennoch möglich sein, die Bergarbeiter noch einmal zu betrügen, dann erklären wir heute schon:

„Wenn ihr einen langfristigen Tarifvertrag abschließt, — und ihr werdet ihn abschließen, das ist eure Aufgabe, die euch die

Unternehmer diktiert, das ist mit der Preis, den ihr für die Schaffung der großen Koalition zu zahlen habt — dann werden wir die Bergarbeiter auch trotz des Bestehens eines Tarifvertrages zum Streik aufrufen, und sie werden unserem Streikruf folgen. Es werden keine zwei Jahre warten, und dann von euch wiederum betrogen werden. Schon in den nächsten Tagen werden die Bergarbeiter in Delegiertenversammlungen sich mit der Notwendigkeit von Wirtschaftskämpfen befassen und Komitees zur Vorbereitung von Streiks um Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit wählen. Am 12. April werden die Vertreter der einzelnen Anlagen zusammentreten und über die notwendigen Schritte beraten.“

Der Bezirksparteitag hat zweifellos viel dazu beigetragen, daß auf dem Gebiete der Organisation von Wirtschaftskämpfen durch die Partei mehr Klarheit geschaffen wurde. Dadurch wird es uns möglich sein, die oben angelegten Aufgaben zu erfüllen.

Der Bezirksparteitag zeigte uns aber nicht nur den Weg, den wir zu gehen haben, um unseren Einfluß auf die Industriearbeiter zu stärken — diese Arbeit ist natürlich die wichtigste —, sondern er zeigte uns auch den Weg, den wir zu gehen haben, um unseren Einfluß unter den Landarbeitern zu steigern. Wurde doch von allen Delegierten die Notwendigkeit des Arbeitens auf dem Lande zum Ausdruck gebracht. Erfreulicherweise wurden auch neben

der Aufzeichnung der Schwierigkeiten praktische Vorschläge gemacht, und Mittel und Methoden genannt, durch deren Anwendung wir unseren Einfluß unter den Landarbeitern und Kleinbauern vertiefen können.

Aber auch noch andere Anzeichen einer guten Entwicklung der Partei in Oberschlesien konnten wir am Bezirksparteitag feststellen. Während auf dem 6. Bezirksparteitag (Oktober 1927) die Delegierten an der politischen Diskussion nur einen geringen Anteil nahmen, sahen wir, daß auf dem diesjährigen Bezirksparteitag die Diskussion eine außerordentlich lebhafte war. Zum Bericht der Bezirksleitung sprachen drei Viertel aller Delegierten, zum politischen Bericht fast die Hälfte. Die Entschliessung, die sich gegen die rechten Liquidatoren und Betrüger wendet, wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Die Delegierten haben durchweg ihren Willen zur Partei und zur Erfüllung der vor der Partei stehenden Aufgaben kundgetan. Die Diskussion hat aber auch zweifellos bewiesen, daß sie nicht nur Beschlüsse fassen, sondern eben auch für die Durchführung dieser Beschlüsse eintreten werden, durch die das Tempo der Revolutionierung der Arbeitermassen in Oberschlesien beschleunigt wird.

NB. Einen zusammengefaßten, gedrängten Bericht über den Verlauf des Bezirksparteitages veröffentlichen wir morgen.

Entschliessungen des ober-schl. Bezirksparteitages

Gleiwitz, den 13. April 1929.

An die Redaktion der „Pravda“

Werte Genossen!
Am heutigen Tage und morgen, am 14. April 1929, findet in Gleiwitz der Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Oberschlesien, statt.

58 Delegierte vertreten 52 Ortsgruppen.
Der Bezirksparteitag nimmt Gelegenheit, durch die „Pravda“ den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion die besten revolutionären Grüße zu übermitteln und wird seine Hauptaufgabe darin sehen, das Vermächtnis unseres Führers Lenin in die Tat umzusetzen. Unser Kampf gilt besonders dem Reformismus, und zwar nicht nur dem in der Sozialdemokratischen Partei organisierten, sondern auch dem in den eigenen Reihen, denn nur so werden wir, wie die letzten Betriebsrätemahlen bewiesen haben, unseren Einfluß unter den Massen weiter vergrößern und imstande sein, den drohenden imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg zum Sturze der Bourgeoisie zu verwandeln.

Der Bezirk Oberschlesien hat dadurch, daß er an der polnisch-tschechoslowakischen Grenze liegt, besondere Bedeutung für die revolutionäre Bewegung. Die Arbeiterschaft Oberschlesiens legt sich zu fast gleichen Teilen aus Industrie- und Landarbeitern zusammen. In der Industrie überwiegt der Kohlenbergbau. Wir wollen uns hier weitere Schilderungen über die Stärke der Partei und ihren Einfluß auf die Arbeiterschaft ersparen und legen Euch zur Information einen Tätigkeitsbericht der Bezirksleitung, welcher die Verhältnisse objektiv schildert, bei.

Nur noch wenige Tage trennen uns von dem 1. Mai. Wir werden auch dieses Jahr, wie alle Jahre, die ober-schlesischen Arbeiter zur Arbeiterschaft aufrufen und unter den roten Fahnen mit Sichel und Hammer, selbst auf die Gefahr hin, daß wieder, so wie am 1. Mai 1924, die Polizei des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Wed in demonstrierende Arbeiter hineinschießt, wo damals drei Arbeiter sich in ihrem Blute wälzten, trotzdem demonstrieren. Wir werden nicht versäumen, alle Jahre, gerade am 1. Mai, die Arbeiter an die Märtyrer von 1924 zu erinnern, weil diese Opfer des Sozialfaschismus Wed noch nicht geföhnt werden konnten.

Werte Genossen, die wenigen Zeilen, welche Euch in Eile geschrieben wurden, sind vor dem Parteitag verlesen worden und von den Delegierten und Gästen unterschrieben.

Mit kommunistischem Gruß
Bezirksparteitag der KPD, Bezirk Oberschlesien.
(Unterschrieben von 51 Genossen und 6 Jugendgenossen.)

Gleiwitz, den 14. April 1929.

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei

Werte Genossen!
Der am 13. und 14. April in Gleiwitz tagende Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Oberschlesien, entbietet der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei revolutionäre Kampfegrüße.

Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgen wir den Kampf der tschechischen Arbeiterpartei gegen alle opportunistischen Elemente, die aus der revolutionären Führerin des Proletariats, der Kommunistischen Partei, eine Agentur des Reformismus machen wollen. Mit Entschlossenheit nimmt der Bezirksparteitag Kenntnis von der verbrecherischen Spaltungaktion der Pats u. Co., die den J. A. B. in eine reformistische Gewerkschaft verwandeln wollen.

Angesichts der außerordentlichen Zuspitzung der Gegensätze im kapitalistischen Weltsystem, die ernste Vorbereitung der Imperialisten zum Krieg gegen die Sowjetunion, die Verschärfung der Klassengegensätze, die eine Welle von Streiks in allen kapitalistischen Ländern zur Folge hat, gewinnt Euer Kampf gegen den Opportunismus in den eigenen Reihen eine besondere Bedeutung.

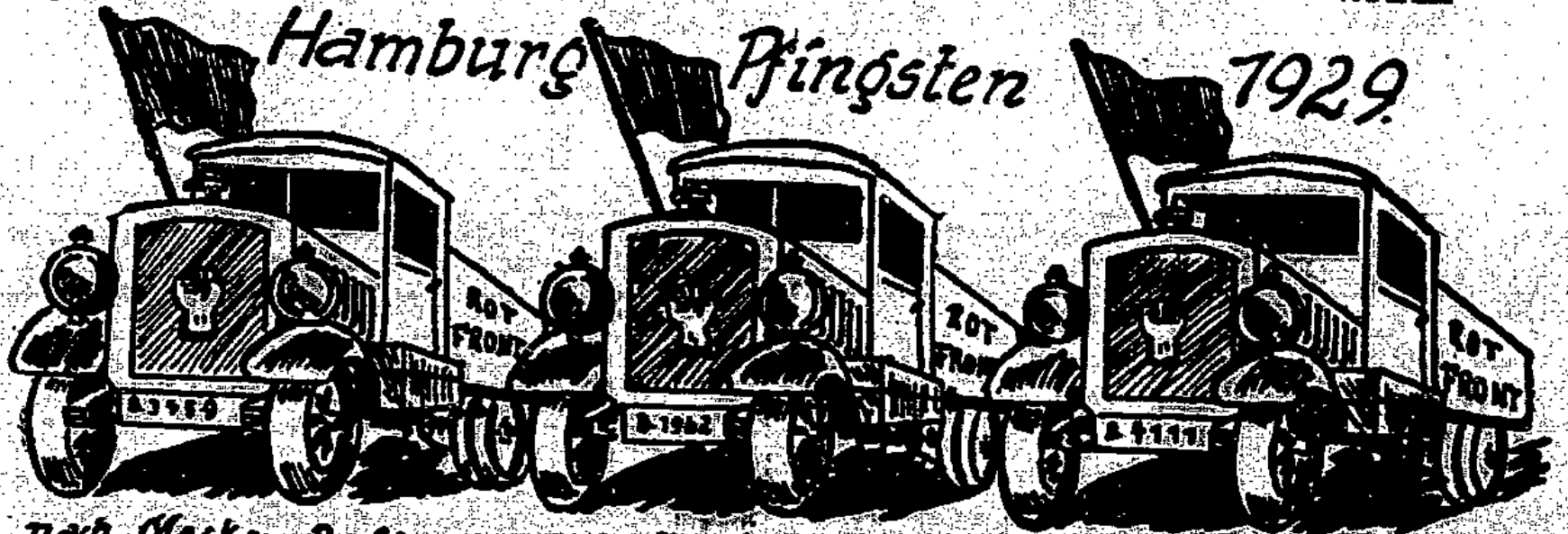
Es ist die Voraussetzung dazu, um die Partei fähig zu machen, den Kampf der Arbeiterklasse zur Verteidigung der Arbeiterklasse, gegen die imperialistische Kriegsgesfahr, gegen die Sozialdemokratie, die in allen kapitalistischen Ländern den Krieg gegen die Sowjetunion mit vorbereitet, zu führen.

Die Erfahrung der Kommunistischen Partei Deutschlands im Kampfe gegen den offenen und versteckten Opportunismus zeigt, daß die Partei, indem sie alle liquidatorischen Strömungen in ihren Reihen liquidierte, sich mit Erfolg ihrer Aufgabe, der Mobilisierung der Massen und der Organisation ihrer Kämpfe, zuwenden konnte.

Der Bezirksparteitag ist überzeugt, daß die tschechoslowakische Arbeiterpartei im Kampfe gegen den Reformismus innerhalb und außerhalb ihrer Reihen gefestigt und gestärkt als Sieger hervorgehen wird, und daß die tschechoslowakische Arbeiterklasse unter Führung ihrer kommunistischen Partei gemeinsam mit den Arbeitern Deutschlands, Polens und der anderen kapitalistischen Länder die Sowjetunion, das Vaterland aller Werktätigen, verteidigen wird, indem sie die Herrschaft der Bourgeoisie stürzen und die Diktatur des Proletariats errichten wird.

Bezirksparteitag der KPD, Bezirk Oberschlesien.

Das Komintern-Geschenk des RFB. zur Unterstützung des sozialistischen Aufbaus des proletarischen Vaterlandes



nach Moskau, Rußland. nach Charkow, Ukraine. nach Rostow, Kaukasien.

Klassengenossen! Unterstützt die Solidaritätsaktion des RFB! In allen Betrieben, proletarischen Organisationen und Arbeiterverkehrsalokalen, bei Sympathisierenden, Freunden und Bekannten sammelt für das Komintern-Geschenk! Zeichnet Beträge auf das Postcheckkonto Ernst Thälmann, Internationales Treffen der Roten Frontkämpferorganisationen, 5. Reichstraße, Hamburg, Pflingsten 1929, Konto Nr. 43093, Postcheckamt Berlin

Müller-Kabinett baut die Erwerbslosenunterstützung ab!

Von Erich Steffen-Berlin

Die Bourgeoisie holt jetzt zu einem neuen entscheidenden Stoß gegen die Arbeitslosenunterstützung aus. Gerade jetzt unter einer Koalitionregierung mit Hilfe der SPD-Führer wird ein scharfer Abbau der sozialen Leistungen durchgeführt.

Die Massenarbeitslosigkeit überflutet weit den Rahmen der industriellen Reservearmee, Hunderttausende bleiben dauernd erwerbslos. Die erste Aufgabe wäre also, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzustellen und für die Verkürzung der Arbeitszeit in den staatlichen, kommunalen und Privatindustrien zu sorgen.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz wurde von der Bürgerblockregierung geschaffen, um eine bessere Basis für die Verschlechterung der sozialen Versorgung der Erwerbslosen zu haben.

Am 28. Februar wurden 3 800 000 Arbeitsuchende gezählt. Davon erhielten 1 519 000 Hauptunterstützung. Von diesen erhielten mehr als 61 Prozent eine Grundunterstützung zwischen 6 Mark und 14,63 Mark.

Die Gewerkschaften hatten, um die Arbeiter für das Versicherungsrecht zu gewinnen, noch bei der Annahme, für die Deutsche, nationale und Sozialdemokraten gemeinsam stimmten, zwei wichtige Forderungen als verwirklicht hingestellt.

1. Der Kreis der Versicherungspflichtigen deckt sich mit dem Kreis der Versicherungsberechtigten. Das heißt, jeder, der Beiträge zahlt, hat im Falle der Arbeitslosigkeit Anspruch auf Unterstützung.

2. Die Bedürftigkeitsprüfung wird beseitigt. In Wirklichkeit ist für 2 630 000 von den 3,3 Millionen Arbeitslosen die angeblich abgeschaffte Bedürftigkeitsprüfung wieder eingeführt worden.

Die Bourgeoisie ist mit dem bisher Erreichten noch nicht zufrieden. Sie hat mit Hilfe der Sozialdemokratie das Ziel, das sie sich bei Schaffung des Versicherungsgesetzes stellte, erreicht und bereitet eine neue großzügige Aktion vor.

Die bürgerlichen Parteien, sowie Bischoff in seiner neuesten Denkschrift, fordern, daß die Arbeiter aus Saisonbetrieben überhaupt von dieser Unterstützung ausgeschlossen bleiben.

Der zweite Vorstoß richtet sich gegen die Heimarbeiter, für die ein besonderes Gesetz geschaffen werden soll. Dieser Kreis der Arbeiter, der besonders auf die Erwerbslosenunterstützung angewiesen ist, soll ohne genügende Hilfe bleiben.

Die kategorische Forderung, die Beiträge zu erhöhen und die Unterstützungssätze neu zu regeln, ist das, was die SPD fordert resp. was bereits teilweise durchgeführt ist.

Die offen ausgesprochenen Forderungen der bürgerlichen Parteien und ihrer Vertreter in der Reichsanstalt gehen um ein Bedeutendes weiter. J. B. Jordan, A. Weindrenner, der Vorsitzende des Arbeitsamtes in Nürnberg, in der „Allgemeinen Arbeiter-Zeitung“, vom 10. April 1929, daß jedem Arbeitslosen, der sich weigert, eine ihm übertragene Arbeit anzunehmen, nicht auf die Dauer von vier Wochen die Unterstützung gesperrt wird, sondern daß er erst wieder Anspruch auf eine Unterstützung bekommen soll, wenn er trotz erfüllter Anwartschaft erneut 26 Wochen gearbeitet hat.

„Es ist hummelschreiend, daß ehrliche, fleißige Arbeiter für diese Parasiten (gemeint sind die Dauerarbeitslosen) Beiträge zahlen sollen.“

In einer anderen Stelle he: „Es ist er, daß es den Arbeitslosen zu leicht gemacht werde, Unterstützung zu erhalten. Er schreibt wörtlich:

... man züchtet einen Menschenstapel, der auf Kosten der Allgemeinheit ohne zu arbeiten durchs Leben wandert im folgenden Kreislauf:

- 1. Anwartschaft durch Arbeit, 2. Arbeitslosenunterstützung, 3. Wohlfahrtsunterstützung, 4. Wohlfahrtsarbeit, 5. wie zu 1. und dann derselbe Kreislauf.“

Daß die Arbeitslosen arbeiten wollen, stürmisch Arbeitsgelegenheit fordern, aber keine Arbeit bekommen, ist für den Vorstehen des Arbeitsamtes einfach ein Schwindel. Die Millionen Arbeitslosen sind nach seiner Meinung Betrüger, und er schlägt daher vor, daß keine

Erwerbslose! Demonstriert am 1. Mai mit den Betriebsarbeitern!

In einer Situation der verschärften Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter rüstet die Arbeiterklasse zu Demonstrationen am 1. Mai. Auch die Millionenarmee der Erwerbslosen wird an diesem Tage sich in die Front einreihen und für ihre Forderung „Arbeit und Brot“ auf die Straße gehen.

Die inneren Schwierigkeiten der kapitalistischen Welt, der Kampf um die Absatzmärkte und die Neuverteilung der Rohstoffquellen finden ihren Ausdruck in einer gewaltigen Steigerung der Kriegsrüstungen und zeigen deutlich die Gefahr neuer imperialistischer Kriege.

Die Unternehmer versuchen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die Schultern der Arbeitenden und Erwerbslosen abzuwälzen. Andauernde Vorstöße auf die Lebenshaltung der Proletarier werden unternommen. Durch die Rationalisierung der Betriebe mit ihren Folgen: Heerarbeit, intensivere Ausbeutung und Massenarbeitslosigkeit, wollen sie die Produktionskosten herabmindern, um konkurrenzfähig zu sein.

Die Löhne werden rücksichtslos abgebaut, die Arbeitszeit verlängert. Frauen, Kinder und ungelernete Arbeiter werden im verstärkten Maße in den Arbeitsprozeß einbezogen, um auf die Löhne zu drücken.

Die Massenarbeitslosigkeit wächst und bleibt eine ständige Erscheinung in der jetzigen Periode. Die herrschende Klasse ist nicht gewillt, den Erwerbslosen eine Existenzmöglichkeit zu bieten. Unzulängliche Unterstützungen mit weitgehender Differenzierung sollen die geschlossene Front der Erwerbslosen verhindern.

Ihre Tätigkeit in der Koalitionregierung, ihre Mithilfe bei dem staatlichen und privaten Schlichtungsweifen, ihre Abwendung der Wirtschaftskämpfe, ihr unerbittlicher Kampf gegen die Gewerkschaftsopposition und die kommunistische Partei zeigen deutlich ihr Verwachsen mit den Unternehmern und dem kapitalistischen Staat.

Die erbärmliche Haltung der sozialdemokratischen Führer gegenüber den Erwerbslosen trat besonders in Erscheinung bei den Verhandlungen des Reichstages über die Erwerbslosenentwürfe am 8. Februar. In dem Moment, wo sich im Reichstag zeigte, daß eine Mehrheit für die sozialdemokratischen Agitationsentwürfe vorhanden ist, zogen sie diese zurück. Sie stimmten gegen die umfassenden Entwürfe der kommunistischen Fraktion. Der Beschluß des Reichstages, die Kriegsjurisdiktion auszudehnen auf alle Berufe, ist ein schamloser Betrug, der durch die Berordnung des Sozialdemokraten Bischoff noch verschlimmert wurde.

Ganze 16 000 Erwerbslose sind durch diese Berordnung in die Unterstützung einbezogen worden! Nahezu 600 000 blieben weiterhin ohne jede Unterstützung.

Inzwischen werden in einem SPD-Blatt Nachrichten verbreitet, wonach die Regierungsparteien unter sich abgekartet haben, die Kriegsjurisdiktion am 30. Juni ganz einzustellen.

Inzwischen stoßen die Unternehmer weiter gegen die Erwerbslosen vor. Der Bankrott der Reichsanstalt soll auf Kosten der Arbeiter verhindert werden. Unter Berufung auf angebliche „Mißbräuche“ will die Trugsbourgeoisie einen weiteren Unterstützungsraub durchführen. Die Saisonarbeiter sollen nur Beiträge für die Versicherung entrichten. Die Unterstützungen sollen nach der Höhe der geleisteten Beiträge bezahlt werden. Besondere Verschlechterungen sollen für die Heimarbeiter sowie für die Angestellten und die Landarbeiter getroffen werden.

Die Gewerkschaftsführer schlagen eine Erhöhung der Beiträge und schärfere Anwendung der Kontrollmaßnahmen vor! Neue Schikanierungen der Erwerbslosen sollen angewendet werden, um Mittel einzusparen!

Dabei ist jetzt schon die Lage der Erwerbslosen unerträglich. Die geringe Unterstützung während des langen harten Winters hat unerbarmlich ihre Gesundheit zerrüttet. Hungernd und frierend waren sie nicht nur der Unbill der Witterung, sondern auch den Drangsalierungen auf den Arbeitsämtern preisgegeben.

Täglich werden die Zeitungen Schwarzweisse der vor Entbehrung und Not Verzweifelnden!

Der Kampf der Erwerbslosen gegen ihre vollständige Verelendung findet den schärfsten Widerstand des Unternehmertums und der Gewerkschaftsführer. Die Verfolgung der in der Erwerbslosenbewegung tätigen Proletarier — Ausschluß aus den Gewerkschaften, Polizeiverbot der Erwerbslosenausschüsse, Verhaftung und Büßen der Klassenjustiz — zeigen deutlich dieses Zusammenwirken auf.

geldliche Unterstützung mehr gegeben werden soll, sondern empfiehlt seinen Plan, der folgendes enthält:

„Außerdem wird die Unterstützung nicht in bar, sondern in Sachleistungen gewährt. Dadurch zwingt man sie, sich selbst um Arbeit zu bemühen.“

Da die Arbeitsämter unfähig sind, eine Arbeitsbeschaffung durchzuführen, sollen sich jetzt die Arbeitslosen nach den Wünschen des Zentrums gegenständig unterteilen und zum Lohnrücker werden.

Bisher gelang es der Bourgeoisie in Deutschland nicht, die Millionenarmee der Erwerbslosen moralisch zu zerlegen und zu einem für Streikbrecherarbeit und Lohnrücker willigen Faktor zu gestalten. Die politische Arbeit der kommunistischen Partei, die Erwerbslosenbewegung hat das verhindert und das Klassen- und Kraftbewußtsein der Arbeitslosen gestärkt. Die Beseitigung der letzten Reste auf soziale Unterstützung ist nicht nur eine finanzielle Lage für die Bourgeoisie, sondern ein Mittel zur Erreichung ihrer politischen Ziele. Man glaubt, daß jetzt die Zeit gekommen sei, weil in der Periode der Senkung der Arbeitslosenziffern die Aktivität naturgemäß etwas abnimmt, denn Hunderttausende hoffen, in den nächsten Tagen und Wochen Arbeit zu finden. Wir haben die Pflicht, rechtzeitig mit allem Nachdruck aufzuzutreten, wohn der Weg führt und müssen alle Arbeiterschichten zur entschiedenen Abwehr mobilisieren.

Die brutalen Gummitupfentattaden auf Erwerbslosendemonstrationen, Einsetzen von reißender Schupo und Hegen von Bluthunden auf Männer, Frauen und Kinder, vervollständigen das Bild.

Hier zeigt sich in aller Nacktheit das brutale Gesicht der Monopol- und Trutzherrschaft.

Wollen die Erwerbslosen sich nicht vollends niedertrampeln lassen, müssen sie sich noch weit stärker als bisher zusammenschließen. Die von ihnen gewählten Ausschüsse müssen die organisatorische Bindung, unter der ideologischen Führung der kommunistischen Partei, übernehmen.

Mit den Betriebsarbeitern muß die gemeinsame Front geschaffen werden zum Kampfe gegen Volkseigentum, Unternehmervöllerei und wirtschaftliche Verelendung.

Der Diktatur der Unternehmer und der reformistischen Führer muß der Kampf um die politische und ökonomische Macht des Proletariats entgegengesetzt werden. Für dieses Ziel demonstrieren die Arbeitenden und Erwerbslosen in Stadt und Land am 1. Mai unter folgenden Losungen:

- Für Arbeit und Brot! Für ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen auf Kosten der Unternehmer! Gegen den Unterstützungsraub des Arbeitslosenverelendungsgesetzes! Für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß! Gegen jegliche Überstunden und Heerarbeit am laufenden Band! Für die restlose Durchführung des Achtstundentages! Gegen Polizeivöllerei und -terror! Für uneingeschränkte Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit! Gegen die Spaltungsmassnahmen der reformistischen Arbeiterfeinde! Für ein Kampfbündnis der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen! Gegen die Herrschaft der Ausbeuter und Völlereier und ihren imperialistischen Kriegsrüstungen! Für die Errichtung der proletarischen Diktatur! Am 1. Mai gehört die Straße der Arbeiterklasse!

Werbt für die „Arbeiter-Zeitung“!

Achtung, Erwerbslosen-Ausschuß der Provinz Schlesien

Der erweiterte Landes-Erwerbslosenausschuß Schlesien (mit den Vertretern der Provinz) hat in seiner Sitzung vom 14. April 1929 folgenden Beschluß gefaßt:

Zwecks Berichterstattung an den Reichs-Erwerbslosenausschuß haben alle Erwerbslosenausschüsse bis zum 25. d. M. an den Landes-Erwerbslosenausschuß zu melden:

- 1. Stand der Erwerbslosenbewegung am Ort mit der Angabe der in den Monaten März und April stattgefundenen Versammlungen und Kundgebungen sowie des Besuchs derselben. 2. Der Abjah der Erwerbslosenausschuß in den letzten 4 Wochen. 3. Die Zusammensetzung der Ausschüsse (gewerkschaftlich und politisch) sowie die genaue Adresse.

Diese Meldung ist rechtzeitig zu erstatten, damit der Landes-Erwerbslosenausschuß auch seinen Verpflichtungen dem Reichs-Ausschuß der Erwerbslosen gegenüber nachkommen kann und die nur im Interesse der Erwerbslosen liegenden Arbeiten gewährleistet werden. Der Landes-Erwerbslosenausschuß Schlesien.

Achtung, Erwerbslose und Notstandsarbeiter!

Mit dem Einsetzen der warmen Witterung beginnt auch wieder die Vermittlung zur Notstandsarbeit. Bei der Notstandsarbeit aber werden den Erwerbslosen von Seiten der Unternehmer sowie den Arbeitsämtern die größten Schwierigkeiten bereitet. Mit Schikanen aller Art sowie Lohnrücker versucht man den Notstandsarbeitern beizukommen. Die Notstandsarbeiter müssen sich dagegen wehren und solche Objekte wählen, die gewillt sind, die Interessen der Notstandsarbeiter restlos zu vertreten. Die Notstandsarbeiter-Objekte müssen ihrerseits auch die Verbindung mit dem örtlichen Erwerbslosenausschuß aufrechterhalten, damit Aktionen der Notstandsarbeiter gemeinsam mit den Erwerbslosen geführt werden können. Als erstes ist dabei erforderlich, daß auf den Baustellen, wo noch kein Obmann gewählt worden ist, dies sofort geschieht und dem Erwerbslosenausschuß die Adressen der gewählten Objekte mitgeteilt werden, damit dieser das weitere veranlassen kann. (In Breslau sind die Adressenmessungen im Lokal von Daniel, Reymdam 38/40, in den Vormittagstunden abzugeben.)

Juden Erwerbslose und Notstandsarbeiter

beteiligt sich am 1. Mai an den Demonstrationen des Proletariats

Schiedsgericht-Romödie um Meise!

Gandalöses „Kompromiß“ in der Straßenumbenennung

Die gestrige „Volksmacht“ bringt eine Notiz über die Umbenennung der Straßen, die vor einiger Zeit von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde.

Dieses Kompromiß ist eine Verhöhnung des Beschlusses der Stadtverordnetenmehrheit.

Ausgerechnet vollkommen unbebaute, außerhalb des bewohnten Stadtgebietes liegende Landstraßen sollen den Namen von Marx und Bebel tragen.

Die ganze Genscheit der Sozialdemokratischen Partei hinsichtlich der Straßenumbenennung offenbart jener Partei, die mit die Hauptschuld an der Ermordung von Karl und Rosa trägt.

Selbstverständlich hat sich das kommunistische Magistratsmitglied gegen das schwachvolle Kompromiß gewandt.

„Ich bin ein Objekt des Staates“

Dieser Tage fand der 24-jährige Arbeiter Max Roska vor dem erweiterten Schöffengericht die Darstellung seines Lebenslaufes entrollt ein trübes Bild von der Jugend eines Proletarierjungen.

Dieses Mal wurden ihm elf „schwere“ Diebstähle im Rückfalle zur Last gelegt. Er war meist in Wohnungen eingedrungen und nahm in erster Linie Nahrungsmittel und kleinere Kleidungsstücke mit.

Verständnislos schaute der Staatsanwalt den jungen Menschen an. Für ihn war dieser verzweiflungsvolle Ausschrei eines gepeinigten Lebens unverständlich.

Er will eben auf jeden Fall seine acht Jahre durchdrücken. Auch eine Seite der Klassenjustiz!

In der Trunkenheit erstochen

Im vorigen Jahre machten an einem Abend einige junge Menschen im Alter von 16 bis 20 Jahren eine Bierreise. Sie sprachen dem Alkohol reichlich zu und kamen schließlich in fortgeschrittenen Stimmung in eine Gastwirtschaft auf der Kleinen Grochenausgasse.

Nach erfolgter Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt dreieinhalb Jahre Gefängnis und sonstige Verurteilung. Der Verteidiger des Angeklagten ersuchte um Freisprechung.

Ein wertvolles Eingeständnis

In einer Polemik gegen die „Schlesische Zeitung“ schreibt Dars in der gestrigen „Volksmacht“ folgenden beachtenswerten Satz: „Die Deutschnationalen würden ebenso gern für jeden Sozialdemokraten mitstimmen, wenn diese umgekehrt bereit wären, auch ihnen gelegentlich zu helfen.“

Wir hatten seinerzeit unseren Lesern — vor allem den besonders interessierten Bauarbeitern — versprochen, über die weitere Entwicklung des „Falles Meise“ regelmäßigen Bericht zu erstatten.

Belanlich hatten einige sozialdemokratische Stadtverordnete gegen Herrn „Genossen“ Meise einen (von uns, wie erinnerlich, im Wortlaut veröffentlichten) Ausschlußantrag gestellt, über den ein Parteischiedsgericht entscheiden sollte.

Meise selbst veranlaßte, daß dem Parteischiedsgericht (ohne daß überhaupt der geringste Versuch einer Untersuchung gemacht worden war) mitgeteilt wurde, „es sei nichts vor.“

Nur betreffs der Souveränen Meises und seiner Kumpane aus der Ortsverwaltung bequeme man sich zu dem Eingeständnis, daß sie tatsächlich stattgefunden hätten, und zwar deshalb — man höre und staune! — um dem später aus der Gewerkschaft wegen Opposition ausgeschlossenen SPD-Bauarbeiter Kollender gegenüber den Unternehmern, die auf ihn hohe waren, zu helfen.

Nachdem die erste Sitzung des Schiedsgerichtes ohne praktisches Ergebnis ausgegangen war, wurde die zweite einberufen. Vorsitzender des Schiedsgerichtes war Stadtverordneter Marschall, Parteivorsitzender Schramm, Ziegler und Müller; Meises Vertreter ausgerechnet das Plebejatt Bierlich, folgt und der Landtagsabgeordnete Winger.

Zufällig aber hatte man den „Berlinsfahrer“ sowohl am Vortage als am Nachmittage in Breslau gesehen, und der durch Konferenzen „Verfälschert“ sah eine Etage tiefer im Gewerkschaftshaus und — spielte Karten!

Sechzehn Zeugen waren zu der Schiedsgerichtssitzung erschienen. Als sie merkten, daß sie durch die jüdische Sabotage der Freunde des Meise zum Narren gehalten werden sollten, demüchtigten sich ihrer eine ungeheure Empörung und sie verlangten ihre Vernehmung, die dann auch erfolgte und sich von 18 Uhr bis 1 Uhr nachts hinzog.

Die Auslagen ergaben nicht nur volle Bestätigung der in der „Arbeiter-Zeitung“ gegen Meise gerichteten Angriffe, sondern erweiterten diese noch,

so daß wir in den nächsten Tagen die Bekundungen der — wohl-gemerkt sozialdemokratischen — Ankläger des sauberen Herrn Meise in unserem Blatt veröffentlicht werden.

Eine dritte Sitzung des Schiedsgerichtes hat nun am vergangenen Sonnabend stattgefunden. Da Meises Vertreter dieses Mal nicht gut zweifeln konnten, waren sie auf einen neuen Dreck verfallen. Sie

(alles „Begeisterte“ Parteimitglieder) erklärten, die ganze Sache ginge eigentlich die Partei nichts an, das wäre eine Angelegenheit der Gewerkschaft. Sie würden also keineswegs über die ersten fünf Punkte der Anklage (die Souveränen mit den Unternehmern usw.) verhandeln; höchstens über Punkt 6 (die ver-suchte Vergewaltigung) könne man reden.

Im übrigen kapitulierten das Schiedsgericht mit seiner angeblich „linken“ Mehrheit vor den Meise-Leuten. Die Entscheidung wurde vertagt, bis die „ordentlichen Verichte gesprochen hätten“.

Bauarbeiter, haltet Abrechnung!

Heute, um 19 Uhr, findet in Bräuers Festsälen die Fortsetzung der in der „Wilhelmsburg“ durch Meise und seine Getreuen gepregelten Bauhilfsarbeiterversammlung statt.

Die Bauhilfsarbeiter stehen nicht allein in Opposition gegen die Ortsverwaltung. Die Fachgruppenversammlung der Kunststein- und Betonarbeiter erklärte sich ebenfalls gegen Meise und seine Getreuen.

Auch in der Fachgruppenversammlung der Maurer wurde insbesondere gegen das neue Ortsstatut scharf opponiert. Die alten Kollegen weigerten sich, zu Vertretern gewählt zu werden, weil sie nicht als Meise-Freunde angesehen werden wollten.

Es ist in der Versammlung der alten Vertreter (die die „Volksmacht“ fälschlicherweise als Generalversammlung bezeichnet), die Meise sich weigerte, Bericht über die bekannten Affären zu geben, ließ der Antrag ein, die Wahl des Ortsvorstandes zu vertagen.

Wiederholung der Ausschloßen! Rückgängigmachung aller Maßregelungen im Verband!

Wiederholung der in der „Wilhelmsburg“ bereits gewählten Fachgruppenwahl!

Schluss mit dem verderblichen Spaltungskurs der reformistischen Angelegten und ihrer Getreuen! Volles Bestimmungsrecht der Mitgliedschaft!

Kameradschaftsfest des RFB. Schottwih-Hundsfeld

Am Sonnabend, dem 20. April, veranstaltet die Ortsgruppe ein Kameradschaftsfest bei Weiner, Friedewalde. Einlaß 19 Uhr. Wir bitten um rege Unterstützung der Breslauer Weislingen.

Generalversammlung der JAG.

Donnerstag 19,30 Uhr findet im „Selben Löwen“, Dör-strasse, eine wichtige Generalversammlung statt. Jedes Mitglied muß erscheinen. Mitgliedsbuch oder Karte ist mitzubringen.

Arbeiter des Südens!

Freitag von 19 bis 20 Uhr Plakonzert der Schalmeykapelle des RFB, Abteilung 6, an der Lohejschule, Eingang Brunnenstraße.

An die Arbeiterschaft Breslaus!

Die 6. Abteilung des RFB. (StB) veranstaltet am Sonnabend, dem 20. April, im Gesellschaftshaus „Silezia“, Neudorfstraße 64, ein Kameradschaftsfest mit Konzert, Theater, Verlosung und Tanz.

Gewerkschaftshaus-Vorstellungen. Wiederum enthält das Programm diese Woche einen ausgezeichneten Kulturfilm: „Das Wunder des Frühlings“ ist auf die Leinwand gebracht.

Gloria-Palast. „Der lebende Leinwand.“ Dieser Kassenfilm ist nach der bekannten Erzählung von Tolstoi gedreht. Überwiegend bei Tolstoi sich passiv verhält, zerbricht am Sein, handelt er im Film aktiv, empört sich gegen das orthodoxe Geseh.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau — Stadtbl. 4 (StB). Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Funke, Boblenstraße 12. Nelezent anwesend.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau. Freitag 20 Uhr erster Teilabend unserer neuen Gruppe Df im Jugendheim, Berrälergasse.

Jung-Spartakus-Bund

Breslau. — Gruppe Schottländer (Ward). Donnerstag 19 Uhr Teilabend in der „Stadt Ramslau“, Mathiasstraße 212. Musik eine Stunde früher.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau. — Abt. 2. Freitag 20 Uhr Funktionärsführung bei Meisig, Uferstraße. Funktionäre haben unbedingt zu erscheinen.

Rote Jungfront

Breslau. — Die Abteilungsleiter müssen an der Donnerstag, 20 Uhr, bei Baan stattfinden Funktionärsführung des RFB teilnehmen.

Breslau. — Arbeiter-Sportklub-Gruppe. Freitag 20 Uhr bei Rotter, „Obergarten“, Mathiasstraße 35. Übungsabend. — Sonnabend 19,30 Uhr im „Kampfnest“ Vorstandssitzung.

Görlitz Höhe bei der Görlitzer Schupo

Darüber weiß die „Görlitzer Volkzeitung“, das Organ für Arbeiter und Arbeiterinnen, ihren Lesern Erschütterndes von der „Republikanisierung“ der Schupo zu berichten.

Berurteilung eines jugendlichen Mörders

Das Große Jugendhofgericht verurteilte gestern den siebzehnjährigen Knaben Walter Nierisch, der den Gemeindevorsteher Wischnas in Nagen und drei weitere Personen ermordet hat, zu zehn Jahren Gefängnis, und zwar wegen Mordes in zwei Fällen, zu je zehn Jahren Gefängnis, wegen Diebstahls in zwei Fällen zu je acht Jahren Gefängnis und wegen Diebstahls zu zwei Wochen Gefängnis.

Brillanten im D-Zug gestohlen

In einem Wagen 2. Klasse des D-Zuges 126 in Richtung Leipzig misch sich dieser Tage zwischen Koblitz und Görlitz eine Frau. Sie hatte hierbei 2 Damenringe abgezogen.

Eine mysteriöse Blutlache. In dem Flur eines Hauses der Berliner Straße fand man dieser Tage eine größere Blutlache vor.

Lauban

Selbstmord eines Jugendlichen aus Lebesstummer

Hinter den Scheunen an der Görlitzer Straße fand man an einer Wäscheleine an einem Maß der Telegraphenleitung einen Jugendlichen erhängt vor.

Gagan

Das Menschenstelet im Walde

Als ein Arbeiter im Jagd 102 Revier Gumnätsch bei Wieszan mit einem Förster nach abgemorschten Geweihen suchte, stieß man auf Überbleibsel eines menschlichen Skeletts.

Grünberg

Um das Grünberger Gewerkschaftshaus

In der letzten Zeit beschäftigen sich die Grünberger Gewerkschaften sehr aktiv mit dem Plan, ein Gewerkschaftshaus zu errichten, was schon einige Male das Ortskartell sowie auch die Funktionärversammlung veranlaßte, zu diesem Punkt Stellung zu nehmen.

Wir werden auch die Entscheidung treffen müssen, daß nun erst mal unsere Tarife gründlich aufgebessert werden, damit wir einmal in späterer Zeit in der Lage sind, ein Gewerkschaftshaus zu halten.

Kameradschaftsabend des RFB. am Sonnabend, dem 20. April. Verlosung — Tanz — Preisziehung.

Achtung, Parteimitglieder! Sonnabend Parteimitgliederversammlung „Goldenen Frieden“.

Sprossau

Eine Greifin verbrannt

In Wallmich ereignete sich ein entsetzliches Unglück. Der 67 Jahre alten Witwe Ernestine Schmitz fiel beim Plätten ein glühender Bolzen herab, der ihre Kleider in Brand setzte.

Dunzlau

Am Donnerstag, dem 18. April, 20 Uhr im Volkshaus (kleiner Saal)

Öffentliche Versammlung.

Referent: Gauführer Scholz, Kameraden, Genossen, Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint in Massen!

Wenn es Arbeiter gewesen wären...

In der Nacht zum 21. August v. J. waren drei junge Leute im Alter von 20 bis 22 Jahren, der stud. theol. Helmut Wulff, der stud. med. W. B. und ein Edward Perkhoff, in angetrunkenem Zustande eine Promenadenbank, die sie losrissen, in den Obeontelch.

Haynau

Protestiert gegen den Schänderlaß!

Die Ortsleitungen der Partei sowie des RFB. berufen hiermit zu Freitag, den 10. April, um 20 Uhr im Volkshause eine öffentliche Mitgliederversammlung ein.

Achtung, Unterbezirks-Delegiertenkonferenzen! Sonntag, 21. April

Im Unterbezirk Waldenburg im „Gehstein“ um 9,30 Uhr. Im Unterbezirk Langenbielau im Dinters Gesellschaftshaus um 9,30 Uhr.

Das Wohlfahrtsamt „spart“!

Es klingt fast unglaublich und doch ist es wahr: Ein alter Wohlfahrtsunterstützungsempfänger feierte seine „silberne Hochzeit“. Mittel waren bei ihm nicht vorhanden.

Kauffung

Biermal hintereinander dem Mordsystem zum Opfer gefallen

Die Kauffunger Metallindustrie steht jetzt in der Nachkonjunktur, wodurch das Antreiberystem ganz besonders volle Blüten treibt. Das beweisen die Unfälle. So verunglückte Wilhelm Stumpe bei der Firma Promnitz u. Siegert bei der Seilbahn durch einen herabfallenden Wagen.

Arbeiter! Das ist kapitalistisches Mordsystem. Wenn ihr gegen dieses Mordsystem ankämpfen wollt, dann schließt euch der RFB an, die euch zur Beseitigung des kapitalistischen Systems führen wird!

Aus dem Riesengebirge

Das zweite Laminenopfer gefunden. Im Klausengrund, am Abhang des Ziegenrückens, wurde die Leiche des Gewerkschafters Wilhelm Schöbel aus Reichenberg gefunden, der gemeinsam mit seinem Freunde Staerz am 27. Februar eine Skitour ins Riesengebirge unternommen hatte.

Verblüffend billig!

8.90

Damen-Lack-Spangenschuhe mit Trotteur- und LXV. Absatz

Blonde u. graue Damen-Spangenschuhe mit hübscher Verzierung u. echtem LXV. Absatz

Dam.-Sandaleiten, braun Rindboxm. Crèpe-Gummisohle, der beliebte Frühjahrschuh

Braune Herren-Schnür-Halbschuhe, spitze Form mit Steppverzierung

Schwarze Herren-Halbschuhe in der amerikanischen Modelform mit Zebrarand

Braune Damen-Schnürschuhe, echt Chevreau mit geschweiftem Absatz, ganz besonders billig 5.90

Damen-Schwesternschuhe schwarz und braun, sehr strapazierfähig 5.90

Herren-Lack-Halbschuhe moderne Form, weiß doppelt 9.90

Aus unserer Strumpf-Abteilung:

Dam.-Strümpfe, beste künstliche Waschseide, mit verstärkter Florsohle, alle moderne Farben 1.65

Herren-Socken, gemustert, Mouliné, besonders haltbar 0.85

Mitglied der Kunden-Kredit-Gesellschaft Gartenstraße 67, II (Capitol)

Klausner Schuh-Plage Ring 22 1.-3. Stock Fahrstuhl

Lassen Sie sich in unserer orthopädischen Abteilung kostenlos Ihre Füße untersuchen!

Waldenburger Bergland

Läuse werden auf dem Gebetbuch gefnackt

Gibt es da im Kreise Landeshut einen Erbholzfleischer Otto Teichmann. Sein Gehl ist Klein-Dennersdorf. Er besitzt etwa sechs-hundert Morgen Land. Die Verhältnisse auf dem Gut dieses nach außen vor Ehrlichkeit klingenden Besitzers spotten jeder Beschreibung. Uns geht ein Bericht zu, dem wir folgendes entnehmen: Vor einigen Tagen konnte man an den Toren des Herrn Teichmann folgenden Vers lesen:

Heute muß ich wandern zum Hinterort hinaus,
Ich wäre nicht gewandert, aber der Hunger trieb mich raus,
Alle Tage Mehlsuppe und alle Tage Mehlsuppe,
Ein Stück Fleisch, so groß wie eine Fingerringe,
Ein Stückchen Butter, so groß wie ein Spahndred,
Nein, von dem Teichmann-Bauer lauf ich weg.

Dieser Vers soll auf die Hungerlöhne hinweisen, mit denen die auf dem Gut beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen entlohnt werden. Doch man sage nicht, daß Herr Teichmann kein warmes Herz hat. Seine Nächstenliebe wandt ihn, sich einer geisteschwachen Frau anzunehmen, die bereits etwa 20 Jahre für ihn arbeitet. Was sie an Lohn bekommt? Danach frage man Herrn Teichmann. Die Frau wird eben durchgefüttert und erhält abgetragene Kleidungsstücke. Die Wohn- und Schlafstelle dient ihr ein knisterer Raum, der von Ungeziefer bevölkert wird. Es kam vor, daß die Frau die Läuse auf dem Gebetbuch fnackte! Das Fleuregeschäft an der Frau besorgt Herr Teichmann in eigener Person. Er nimmt die Schaffere und schneidet ihr einen Dubilopf. Die Schaffere der anderen Arbeiter und Arbeiterinnen sind nicht um vieles besser. Man erinnert sich nie, jemals frische Bezüge auf den Betten gesehen zu haben. Es gibt Arbeiter, die lieber im Häberhau als im Bett schlafen. Die Wochenverdienste der Arbeiter schwanken zwischen 2,50 und 5,00 Mark. Der Schaffere erhält 6 Mark. Auch über die Kost wird gellagt. Fleisch sehen die Arbeiter selten. Allerdings gibt es auch Ausnahmetage. Ein solcher Ausnahmetag war der 17. März. Neben diesen denkwürdigen 17. März wird folgendes Geschichtchen erzählt:

An diesem Tage erhielten die Arbeiter zum Abendbrot (!) Fleisch. Es war sogar eine gebratene Ente (!). Die Arbeiter sahen den Entenbraten mißtrauisch an und ließen ihn stehen. Später warfen sie dem hungrigen Hunde ein Stück davon hin. Der Hund knurrte und lief weg. Der Braten wurde dem Schweine gegeben. Das Schwein fraß ihn.

Für die Arbeiter hat Herr Teichmann auch Besatz übrig. Einmal war es passiert, daß er selbst in der Anwesenheit eines Landwägers einen etwas angeheiterten Arbeiter verprügelte. Natürlich ist Herr Teichmann ein strenger Katholik. Er geht jeden Sonntag in die Kirche und erhält öfters Besuch aus dem nahen Kloster. Natürlich ist er auch deutschnational. Als deutschnationaler Mann muß er von Zeit zu Zeit einen kleinen Wstecher machen, wobei ihm vor kurzem ein Malheur passiert ist. Neben dieses Malheur — es handelte sich um den Verlust einer Briefstache mit 500 Mark in einer Gastwirtschaft — hat selbst der „Bote aus dem Riefengebirge“ geschrieben, da es ein gerichtliches Nachspiel hatte.

Im Jahre 1928 sollte Herr Teichmann einige Morgen Feld gegen Bezahlung für Siedlungswecke hergeben. Dieser Zumutung hatte sich Teichmann entzogen, indem er den Bemerkern meistens kleine Bauern, einredete, daß man auch auf einem kleinen Besitztum bei richtiger Bewirtschaftung herrlich leben könne.

Die kurze Schilderung der Verhältnisse bei dem Großgrundbesitzer dürfte auch dem letzten Arbeiter und Kleinbauern die Augen öffnen, daß sie mit diesen Leuten nichts gemein haben dürfen. Nicht der

Landbund unter deutschnationaler Führung, nicht den Kleinbauern helfen, sondern nur die Kommunistische Partei. Um die Kommunistische Partei müssen sich die Kleinbauern Schulter an Schulter mit den Arbeitern scharen, um mitzubekommen, Verhältnisse zu schaffen, wie sie in Sowjetrußland bereits Tatsache sind. In Sowjetrußland gibt es keine Großgrundbesitzer, die Arbeiter mit Hungerlöhnen abspeisen und die landhungrigen Kleinbauern verhöhnen dürfen!

Arbeiterburschen und -Mädel, heraus!

Die Unterbezirksleitung Waldenburg des Kommunistischen Jugendverbandes ruft euch auf, in folgenden öffentlichen Jugendversammlungen zu erscheinen:

- Montag, den 22. April, in Freiburg;
- Dienstag, den 23. April, in Weißkeil;
- Mittwoch, den 24. April, in Nieder-Salzbrenn;
- Donnerstag, den 25. April, in Gottesberg;
- Freitag, den 26. April, in Wüstegiersdorf.

„Der 1. Mai und die arbeitende Jugend.“

Freie Aussprache! Lokal und Zeit werden noch bekanntgegeben. Erscheint in Massen!

Freiburg

Die Arbeiter-Samariter-Kolonie von Freiburg veranstaltet am Sonnabend, dem 20. April, im „Antersaale“ auf vielseitigen Wunsch eine Wiederholung des Warnungsbrüses in 6 Bildern von Alexander Schloffer: „Wer wirft den ersten Stein?“ Der Eintrittspreis beträgt für Saalplatz 60 Pfg., für Galerie 40 Pfg. Kaffeneröffnung 18.30 Uhr, Anfang 19.30 Uhr. Jugendliche haben keinen Zutritt. Es werden alle Arbeiter und Arbeiterinnen aufgefordert, diese Veranstaltung

Ein streammer Katholik, und doch . . .

Am 2. April veröffentlichten wir unter obiger Überschrift eine Zuschrift aus Waldenburg-Altwasser. Nunmehr erhalten wir von Herrn Ploos ein längeres Schreiben zu der fraglichen Angelegenheit, dem wir folgendes entnehmen: „Frl. Gertrud Hoffmann wurde schon mit dem heim hiesigen Amtsgericht während ihrer Schwangerschaft gegen mich geltend gemachten Entbindungskosten abgewiesen. Der auf Betreiben des Frl. Gertrud Hoffmann beim hiesigen Amtsgericht gegen mich angestrebte Prozeß wegen Unterhalt für das Kind wurde gegen das Kind entschieden, weil das Gericht der Zeugin Gertrud Hoffmann wegen ihrer sich mehrfach widersprechenden Aussagen keinen Glauben schenkte. In der zweiten Instanz (Landgericht) wurde mir der Eid zugesprochen, und ich bezeugte der Wahrheit gemäß, daß ich der Gertrud Hoffmann nicht beigeohnt und deshalb als Vater ihres Kindes nicht in Betracht kommen könne. Im weiteren Verlauf der Angelegenheit wurde auf Anordnung des Gerichtes von mir, dem Kinde und der Gertrud Hoffmann durch den hiesigen Kreisarzt je

zu besuchen. Der Ueberschuß soll zur Anschaffung von Verbandsmaterial dienen.

Achtung, Metallarbeiterjugend! Sonntag, den 21. April, 13 Uhr vom „Bischer“, Poltsch, Admarisch nach Waldenburg zur Beschichtigung des Museums. Wir fordern die Jugendfreunde etc. sich zahlreich zu beteiligen.

Schömburg

Parteiortgrube gegründet!

Dienstag abend fand im „Städtischen Schießhaus“ eine trag-berühmte Sabotage, Platanbreiten usw. sehr gut besuchte Versammlung statt, in der Genosse Thomas über „Was hat die Koalitionsregierung bisher gebracht?“ sprach. Unter großer Aufmerksamkeit der Versammelten — einschließlich der zwei ebenfalls erschienenen Landräger — zeigte der Referent den Betrag auf, der durch jede kapitalistische Regierung, sowohl durch den Bürgerkrieg wie durch die sozialdemokratische Koalitionsregierung, an den Werktätigen geht. Diese müssen daraus die Konsequenzen ziehen: Sturz des Kapitalismus, Diktatur des Proletariats. Den Weg dazu weist die kommunistische Partei, gegen die gerade in diesen Tagen von allen Feinden der Arbeiterklasse ein wütender Kampf geführt wird. Auch die Schömburger Arbeiter müssen darauf die Antwort geben: Nun erst recht zur KPD! Der Erfolg des Kampfes war die Gründung einer Parteiortgruppe, der sofort zehn Mitglieder beitreten. Nun weiter auf dem beschrittenen Wege. Wer ist für Partei und Presse, dann wird auch Schömburg ein fester Stützpunkt der kommunistischen Bewegung werden!

Pfarrer Wid in Neuen plaudert aus der Schule!

Aus Klein-Dennersdorf wird uns geschrieben: Als am „Gründonnerstage“ der 33jährige Kriegsratvalde Josef Sibtel, trotz dem er kränzlich ist, den weiten Weg bis nach Neuen zur Kirche ging, um, wie alljährlich, zur österlichen Beichte zu gehen, wurde er in der Sakristei der Kirche vom Pfarrer Wid angefahren: „Sie sind Kommunist, und ein Kommunist hat keinen Anspruch mehr auf die Kirche.“ Als nun Herr Sibtel den Pfarrer fragte, wie er ihm das beweisen könnte, erwiderte der Pfarrer, das hätte er vom Gemeindevorsteher erfahren (!). Da nun Herr Sibtel in Klein-Dennersdorf wahlberechtigt ist, käme der Gemeindevorsteher Heingel in Frage. Das sagen die Behörden dazu? Wir fordern die sofortige Amtsenthebung des Gemeindevorsteher!

eine Blutprobe entnommen und dem Biologischen Institut in Breslau zur Untersuchung eingeliefert. Außer dieser Blutuntersuchung fand hier in Waldenburg unter Leitung des Herrn Kreisarztes und in Anwesenheit eines Vertreters der Staatsanwaltschaft und des Untersuchungsrichters eine vergleichende Untersuchung auf Leukämie-Merkmale, Augen- und Haarfarbe, Kopfform usw. statt. — Ich hatte auch Abbildungen der Kinder aus meiner eigenen Ehe im gleichen Alter des umstrittenen Kindes vorgelegt. Das Ergebnis beider Untersuchungen war folgendes: Frl. Gertrud Hoffmann wurde mit Ihren Ansprüchen endgültig abgewiesen, und ich wurde außer Verfolgung gesetzt. Die Nachricht erhielt ich am 28. Dezember 1928.“

In der Nachbemerkung zu unserer ersten Veröffentlichung forderten wir die Justizpressestelle auf, sich in der stittigen Angelegenheit zu äußern. Die Justizpressestelle kam unserer Aufforderung bezeichnenderweise nicht nach.



TEUSCHER

Zu diesem Preise und mit solchem Tabak

BULGARIA STERN

Ist Ihnen keine Zigarette je begegnet. Wenn Sie sonst eine 4 Pfg. Zigarette rauchten, so taten Sie dies mit dem leisen Bedauern, daß Sie sich nur eine solche leisten könnten. In unserer neuen

Bulgaria-Stern zu 4Pf.

bieten wir Ihnen jedoch eine Zigarette, welche die hochwertigsten, weltberühmten bulgarischen Edeltabake enthält, wie sie sonst nur für weit teurere Sorten verarbeitet werden.

Sie finden das bestimmt heraus, wenn Sie jetzt diese Zigarette rauchen!

Mittelschlesien

Oblau. Ein voller Erfolg. Die am letzten Sonnabend vom Unterbezirk Oblau organisierte öffentliche Landarbeiterverammlung in Klein-Weiskerau war ein Erfolg für die Partei. Die Räumlichkeiten des Lokals erwiesen sich als viel zu klein. Genosse Adelt-Breslau sprach über „Die politische und wirtschaftliche Lage der Landarbeiter“. Er verstand es trefflich, den Anwesenden die Schandtat der SPD-Führer, entgegen ihren Versprechungen bei den Wahlen, aufzuzeigen. Als er auf den Kanzerkreuzerbau und die Lage der Landarbeiter zu sprechen kam, versuchten einige Sozialpatronen, die Verammlung zu stören, indem sie auf dreifache Art und Weise Sanktionstribunale und die kommunistische Partei beschimpften. Die anwesenden Landarbeiter sorgten dafür, daß diese Heiden ihr Ziel nicht erreichten. Genosse Adelt nahm diese Leute gleich beim Wort und ließ sie abfahren, daß sie weder A noch B sagen konnten. In der Diskussion meldeten sich zwei Gegner, die sich besonders gegen die Sowjetunion wandten. Wenn schon der erste Sozialdemokrat in der Diskussion eine solche Thematik verpönte, daß die Verammlung nur ein Dohngelächter für ihn übrig hatte, so hatte jedoch der Landarbeitersekretär Strulich aus Oblau den Reford geschlagen. Dem Verammlungsleiter war es bald nicht mehr möglich, die Anwesenden zur Ruhe zu mahnen, denn immer wieder brachen neue Lachsalen aus. Warum sollte ja nicht auch ein vernünftig denkender Mensch lachen, wenn ein Landarbeitersekretär den Landproleten erzählt, die kommunistische Partei sei eine „Brüderpartei“ von den Deutschnationalen. Im übrigen brachte er nur ein armeliges Gefummel heraus. Uns Kommunisten ist es unverständlich, daß man so einen Menschen Landarbeitersekretär werden ließ. Im Schlußwort war es dem Genossen Adelt ein Leichtes, mit so einem Auch-Arbeitervertreter gehörig abzurechnen. Er zeigte den Arbeitern noch einmal kurz die Gefahren auf, die ihnen in Zukunft drohen und die nur abzuwehren sind durch den organisierten Klassenkampf unter Führung der kommunistischen Partei. Der Anfang zur Bildung einer Ortsgruppe wurde gemacht.

Freienort. Gründungsverammlung des Freidenkerbundes. Der Verband für Freidenkertum und Feuer-

bestellung hatte für Sonntag, den 14. April, zu einer öffentlichen Verammlung aufgerufen, in der Lehrer Faulhaber, Breslau, über „Religion, Kirche und Kindererziehung“ referierte. Besonders festgehalten werden muß die Rolle der Kirche in den verschiedenen Kriegen, in denen Welt zugelassen hat, daß ein dauerndes Morben Mensch gegen Mensch wüten konnte. Daß dabei von den Kirchen glänzende Geschäfte gemacht wurden, verließ sich, denn so manche Frau oder Mutter glaubte, durch eine gutbezahlte Messe oder Ähnliches ihren Mann oder Sohn am Leben zu erhalten. Ebenso beachtet werden muß besonders von der Arbeiterchaft, daß die Kirche dauernde Anstrengungen macht, den Einfluß auf die Erziehung der Kinder immer weiter auszuwehnen und daß dabei der Religionsunterricht

Papst gemeinsame Geschäfte macht. Der denkenden Arbeiterschaft ist schon lange klar, daß sowohl der Papst wie Mussolini, die katholische und die evangelische Kirche ziele der Arbeiterklasse sind und den Kapitalismus verteidigen. Daraus ergibt sich für jeden Arbeiter, der Klassenkämpfer sein will, die Pflicht Austritt aus der Kirche, Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht. Trotzdem gegen die Verammlung von der Kirchenanzel und in der am Sonnabend vorher tagenden Elternverammlung Propaganda gemacht wurde, war der Besuch gut, und der Erfolg waren mehrere Aufnahmen für den Freidenkerverband. Arbeiter von Peitzewitz, aufgewacht! Die erste Breche in die schwarze Reaktion ist geschlagen. Helft mit kämpfen gegen den Kapitalismus und seine Verdummungspolitik, die Kirche. Am 4. Mai wird ein Lichtbildvortrag stattfinden „Erb- oder Feuerbestattung“. Eintritt frei.

Alle Ortsgruppen,

die noch keine Malabzeichen bestellt haben, werden aufgefordert, die Bestellung sofort bei der Bezirksleitung aufzugeben. Ortsgruppen, die Referenten am 1. Mai beantragen, müssen bis spätestens 25. April die Referenten bei der Bezirksleitung angefordert haben. Spätere Anfordernngen können unter keinen Umständen berücksichtigt werden.

eine große Rolle spielt. Es ist wichtiger für die Kinder, Rechnen, Schreiben, Lesen oder Geographie zu lernen, als ihr Hirn mit unwendigeren irgendwelcher Geschichte, die niemand beweisen kann, zu belasten. In der Klusprache meldete sich von den Gegnern einer, von dem man nicht wußte, was er eigentlich wollte. Er ist gegen die Kirche, aber für die Gottheit selbst, einer von den fünf-hundert Sekten gehört er nicht an. Was er gesagt hat, kann nur der verstehen, der nicht mehr weit von der Provinzialpflegenanstalt für Geistesranke entfernt ist. Die göttliche Macht wollte er daran beweisen, daß Mussolini wieder zur Einsicht gekommen ist und mit dem

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Heute um 5 und 8 Uhr:
Frühlingswunder
Ein Blumenfilm
Ferner:
Tragödie im Zirkus Royal
Einheitsplatz 50 Pfg. Ausweis nicht vergessen!
Erwerbslose bis 5.30 Uhr 25 Pfg. Jugend verboten

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnabend, den 13. 4. bis Sonnabend, den 20. 4. täglich 20.15 Uhr
Zum ersten Male!
Rivalen
Schauspiel von Anderson und Stallings; frei bearbeitet von Carl Zuckmayer

Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 13. 4. bis Donnerstag, den 18. 4. täglich 20.15 Uhr
Dreimal Hochzeit
Schwank von Anne Nichols
Freitag, 19. 4. und Sonnabend, 20. 4., 20.15 Uhr
Ensemble - Gastspiel des „Kleinen Theaters“, Berlin
Der Dickkopf
Lustspiel von Friedmann - Frederich

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300
4. Gruppe vollständiger Operetten-Vorstellungen: (Partie 2,50 Mk. ufm.)
Donnerstag, den 18. April, 20 Uhr
Eine einzige Nacht
Freitag, den 19. April, 20 Uhr
Die Herzogin von Chicago
Sonntag, 21. April, 15.30 (nachm. 3 1/2) Uhr
Drei arme kleine Mädels

Moderne Kinderwagen

25.-

35.-, 29.-, 27.-
Enchantle
Oblauer Straße 33
Börse-Touriststr.

WEINE

von **Herzberg & Co.**
Höfchenstraße 48 Blücherplatz 17
Louthenstraße 10 Klosterstraße 84
Selenkestraße 17 Michaelistr. 3
sind deshalb so erstaunlich billig, weil sie in dem In- und Auslande in **ganzen Waggons** bezogen und sofort bezahlt werden.
Rotwein Flasche 1.10
Südwein rot oder gelb „ 1.20
Cyder süß „ 0.65
Johannisbeerwein süß 0.85
Wermutwein süß 1.35

Tassilo Krienke

Zigarren-Spezialhaus
Ritterplatz 10 Sternstr. 5/9

2 extra billige Lebensmitteltage
am Freitag, 19. 4. u. Sonnabnd., 20. 4.

Wir verkaufen billiger

- Kaiser-Auszugmehl 20,-
- halb raffig u. glatt 1 Pfd nur 27,-
- Viktoria-Erbesen groß, ungeschält 1 Pfd nur 34,-
- Geschälte Erbsen ganze 1 Pfd nur 27,-
- Geschälte Erbsen halbe 1 Pfd nur 34,-
- Große Linsen pa. weichkochend, 1 Pfd nur 20,-
- Vollreis 26,-
- Glasreis Tafelreis 1 Pfd nur 48,-
- Weißbohnen weich, soc. erd. 1 Pfd nur 26,-
- Haferflocken Speck, raffig 1 Pfd nur 27,-
- Gerstengraupe lei. u. senf. lei. 1 Pfd nur 21,-
- Gersten- u. Kornkaffee steis frisc 1 Pfd nur 88,-
- Kaliforn. Ringäpfel extra choice 1 Pfd nur

nur in den **Mühlenniederlagen**
der Waren-Vertr.- u. Enk.-GmbH.
Bismarckstraße 37, Lohstraße 57
Friedrichstraße 13, Neustadtstr. 113
Gründerstraße 91, Schützenstr. 19
Lohstraße 77, Teufelstr. 198
Westendstraße 33-35
Versandabtlg. - Tel. 39197



Sparsam und doch gut kochen

Ist die Aufgabe. — Wozu teure Butter, wenn das gleiche mit „Blauband, frisch gekirnt“ zu erreichen ist? Sie ist nahrhaft, ergiebig und appetitlich und kostet nur den halben Preis. Errechnen Sie sich selbst, wieviel Sie im Laufe eines Jahres sparen können.



Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 17
Zum letzten Male
Die schöne Helena
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 17
Der fliegende Holländer
Sonnabend, 19.30 Uhr
Margarete
Sonntag, 15 Uhr
Einmalige Nachmittags-Aufführung zu ermäßigten Preisen (Gr. 2) **Serenus**

Inferate

haben in unserer Zeitung **besten Erfolg**

Webwaren, Spezialität eigener Ausrüstung
Wäsche und Konfektion
eigener Herstellung — Gelegenheitsposten
S. Blasse, Breslau, Graupenstr. 6-10

PEUVAG BERLIN

Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-A.-G.
Breslau 10, Trobnitzer Str. 50 / Telefon 28837

DRUCK SACHEN

Für den Privat- und den Geschäftsbedarf (Broschüren, Prospekte, Plakate, Programme, Eintrittskarten, Briefbogen, Rechnungen usw.) werden schnell u. preiswert hergestellt in unserer Druckerei. — Spez.: Massen-Auflagen innerhalb kürzester Zeit
Verlangen Sie bitte Kostenvoranschläge

Willi Schulz

Sagan, Brüderstr. 30 empfiehlt
Papierwaren aller Art
Sommerfest-Artikel, Spielwaren und Feuerwerk

Kohlenhandlung
Fuhrmann
Schweidnitz
nur Obere Wilhelmstr. 20
Telephon Nr. 211 empfiehlt
sämtliche Brennmaterialien



Schuh-

waren
laufen Sie gut und preiswert bei
H. Gruhn
Schweidnitz
Markt 22

Antilige Bekanntmachungen von Dittersbach

Betrifft: Heberolle der land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung für 1924
Die Heberolle für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung liegt vom 17. April bis 1. Mai er während der Dienststunden im Zimmer Nr. 11 der hiesigen Verwaltung zur Einsichtnahme der Beteiligten aus.
Gegen die Beitragsberechnung steht den Unternehmern dieser Betriebe binnen einer weiteren Frist von 2 Wochen, unbeschadet der Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung, das Einspruchsrecht bei dem Sektionsvorstande Preisauskunft Waldenburg offen.
Dittersbach, den 16. April 1924
Der Gemeindevorsteher
H o e b l e r

Genossen! Beachtet unsere Inserenten!

FILIALE BRESLAU